

Res publica res populi

Grundlegung einer Allgemeinen Republiklehre

Ein Beitrag zur Freiheits-, Rechts- und Staatslehre

Von

Karl Albrecht Schachtschneider



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Republikanische Orientierung

1. Kapitel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als republikanische Grundprinzipien	1
2. Kapitel: Republikanisches versus monarchisches Prinzip	10
3. Kapitel: Die demokratische Republik als Form des Politischen	14
I. Die bürgerliche Staatlichkeit	14
II. Die demokratische Republik als Lebensform der Bürger ohne Herrschaft	23
III. Die freiheitliche Demokratie als durch die Gleichheit aller in der Freiheit und die allgemeine Gesetzlichkeit definierte Bürgerschaftlichkeit	35
IV. Die sanfte Despotie der demokratistischen Parteienoligarchie . .	45
V. Das menschliche Recht auf Glück und das republikanische Ethos der Sittlichkeit	54
VI. Das demokratische Prinzip der Republik	60
VII. Weitere Aspekte der Republik	62

Zweiter Teil

Der Widerspruch von Freiheit und Herrschaft in der Republik

1. Kapitel: Die Herrschaftsideologie der deutschen Staatslehre	71
2. Kapitel: Herrschaft und Untertänigkeit	79
3. Kapitel: Die Lehren von der Herrschaftlichkeit des Staates	88
4. Kapitel: Die Lehren von der Demokratie als Herrschaft des Volkes	92
5. Kapitel: Die Lehren von der Demokratie als herrschaftlicher Führung . .	100

6. Kapitel:	Die Lehren von der Demokratie als Herrschaft der Mehrheit . . .	105
I.	Das herrschaftliche Mehrheitsprinzip	105
II.	Die freiheitliche Mehrheitsregel	119
7. Kapitel:	Die Lehren von der Einheit von Freiheit und Herrschaft	124
8. Kapitel:	Wilhelm Henkes Lehre von der guten Herrschaft	133
9. Kapitel:	Regieren ist nicht Herrschen	139
10. Kapitel:	Die sogenannte Herrschaft der Gesetze	145
11. Kapitel:	Freiheit als Ordnung durch Autonomie des Willens	153

Dritter Teil

Die republikwidrige Unterscheidung von Staat und Gesellschaft

1. Kapitel:	Die parteienstaatliche Herrschaft und die liberalistische Unterscheidung von Staat und Gesellschaft	159
I.	Die (differenzierte) Staatlichkeit des Gemeinwesens	159
II.	Die Parteienherrschaft als Mißachtung der Republikanität (des Sittengesetzes und der Funktionenordnung) und deren liberalistische Moderierung	166
2. Kapitel:	Kritik des neoliberalistischen Dualismus von Staat und Gesellschaft	175
I.	Die liberalistische Logik der grundrechtlichen Abwehr der Herrschaft	175
II.	Die politische Freiheit in herrschaftslosen Gemeinwesen	184
3. Kapitel:	Die Totalität des Politischen des gemeinsamen Lebens	193
4. Kapitel:	Hans Heinrich Rupps Lehre von der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft	201

Vierter Teil

Der republikanische Bürger

1. Kapitel:	Die Vernachlässigung des Bürgerbegriffs in der Staatslehre . . .	207
2. Kapitel:	Die staatliche und private Bürgerlichkeit in der Republik	211
I.	Der Bürger als citizen	211
II.	Staatlichkeit und Privatheit als Maximen des Handelns	219
III.	Staatlichkeit der Amtswaltung und Privatheit der Amtswalter . .	226
IV.	Zwei Sollensordnungen des Menschen	230

3. Kapitel:	Die Selbständigkeit und die Brüderlichkeit nach dem republikanischen Sozialprinzip	234
I.	Bürgerlichkeit, Brüderlichkeit, Selbständigkeit	234
II.	Das freiheitswidrige Sozialismusprinzip	245
III.	Fortschrittlichkeit und Gesetzlichkeit	247

Fünfter Teil

Der republikanische Freiheitsbegriff

1. Kapitel:	Die alteuropäische republikanische Freiheitsidee des Grundgesetzes	253
2. Kapitel:	Das "Sittengesetz" als der republikanische Schlüsselbegriff ...	259
I.	Die Vernachlässigung des Sittengesetzes in der Freiheitslehre ..	259
II.	Formalität, nicht Materialität des Sittengesetzes	267
3. Kapitel:	Republikanische Freiheit als Autonomie des Willens - kantianisch	275
I.	Die Tradition des aufklärerischen Freiheitsbegriffs	275
II.	Freiheitlichkeit, Sittlichkeit, Gesetzlichkeit als die Prinzipien des christlichen Liebesprinzips	279
III.	Freiheit als Recht auf Recht und Recht als Wirklichkeit der Freiheit	290
IV.	Glücksgerichtete Zweckverwirklichung und freies Handeln ...	297
V.	Das Recht zur freien Willkür, die allgemeine Gesetzlichkeit und die Verwirklichung der Freiheit aller	303
VI.	Formalität der allgemeinen Freiheit als Selbstzweckhaftigkeit jedes Menschen, nicht Materialität einer allgemeinen Handlungsfreiheit als des Untertanen Recht zur Beliebigkeit	313
4. Kapitel:	Republikanische Freiheit als Autonomie des Willens - dogmatisch	325
I.	Die Freiheit als formales Urrecht auf Recht	325
II.	Die äußere Freiheit als das Recht der Autonomie des Willens, die Materialisierung der Handlungsmaximen durch Rechtsgesetze und die gesetzesbedürftigen Handlungen	332
III.	Die allseitige Zweckverwirklichung und der Interessenausgleich durch allgemeine Gesetze	340
IV.	Die Idee der Freiheit als aufklärerisches Paradigma der Rechtslehre unter dem Grundgesetz	344

V.	Offenheit der Staatsaufgaben, staatliche Daseinsvorsorge, der Vorrang der privaten Lebensbewältigung und dessen grundrechtlicher und verfassungsgerichtlicher Schutz	346
VI.	Die Unbeschränkbarkeit der Freiheit und des Rechts der Freiheit wegen der Formalität der Freiheit	356
VII.	Freiheitsverletzung durch Gesetzesverletzung, Rechts- und Grundrechtsschutz gegen Gesetzesverletzungen, grundrechtswidrige Gesetze und die Grundrechtsbindung der Gesetzesrichter	360
VIII.	Das Recht auf Leben in subjektiver und objektiver Dimension als Verwirklichung der Freiheit	368
5. Kapitel:	Die freiheitliche Privatheit in der Republik	370
I.	Die institutionelle und die modale Privatheit und Staatlichkeit des Bürgers	370
II.	Privatheit als berechnete Willkür; auch Kants Begriff des äußeren Mein und Dein	374
III.	Subjektive Rechte der Privatheit, Legalität und Sittlichkeit berechtigter Privatheit und Entlastung des gemeinsamen Lebens durch Privatheit	378
IV.	Der Grundsatz und Vorrang privater Lebensbewältigung, insbesondere der unternehmerischen Wirtschaft und der Berufswahl, sowie dessen Judiziabilität	386
V.	Die berufsfreiheitsrechtlich geschützte Privatheit der Berufswahl	392
VI.	Die Sicherung unternehmerischer Privatheit durch Erfolg	394
VII.	Wettbewerb als res publica und res privata	396
VIII.	Privatheit, nicht Privatautonomie; Tarifprivatheit, nicht Tarifautonomie (Kritik der Delegationslehre)	399
IX.	Die Vertragsfreiheit, republikanisch konzipiert	404
6. Kapitel:	Das Recht zur Autonomie des Willens als Gleichheit in der Freiheit	410
I.	Gleichheitsdogmatische Skizze einer allgemeinen Republiklehre	410
II.	Die politische Identität der allgemeinen Freiheit und der Gleichheit aller im Gegensatz zur despotischen Diversität von Freiheiten und Gleichheit	422
7. Kapitel:	Freiheit als Autonomie des Willens, nicht Freiheiten als Möglichkeiten	427

*Sechster Teil***Nähe und Distanz des
republikanischen zum liberalistischen Freiheitsbegriff**

1. Kapitel:	Der Grundrechtsschutz der herrschaftslosen Freiheit	441
2. Kapitel:	Die republikanische Verteilung von Freiheit als Willensautonomie und als Privatheit	449
3. Kapitel:	Die herrschaftsabwehrende Notfunktion einer staatsabwehrenden grundrechtsgeschützten Freiheitssphäre	454
I.	Die liberalistische grundrechtliche Abwehrgenomik	454
II.	G. Jellineks status negativus und die grundrechtliche Abwehr der Parteienherrschaft	457
4. Kapitel:	Die objektive und die subjektive Dimension der Grundrechte	461
5. Kapitel:	Die gemeinsame Lebensbewältigung in Staatlichkeit und (vorrangiger) Privatheit (ohne einen ausgegrenzten Freiheitsraum der Gesellschaft)	466
I.	Die verräumlichende Freiheitsdogmatik einer vom Staat geschiedenen Gesellschaft	466
II.	Die gemeinsame Lebensbewältigung in Staatlichkeit und Privatheit	474
6. Kapitel:	Kritik der freiheitsdogmatischen Außenlehre (Schranken-Eingriffs-Schema) und des Regel-Ausnahme-Prinzips des Liberalismus	478
7. Kapitel:	Die gesetzgeberische Verwirklichung der Politik der Grundrechte durch grundrechtsgeleitete Rechtserkenntnisse	490
8. Kapitel:	Die Freiheit des Art. 2 Abs. 1 GG als Grundrecht auf allgemeine Gesetzlichkeit	494
9. Kapitel:	Die dualistische Lehre von der liberalen und demokratischen Freiheit	501
10. Kapitel:	Grundrechtlicher Minderheitenschutz in der Republik?	513

*Siebter Teil***Die republikanische Rechtsstaatlichkeit**

1. Kapitel:	Republikanische Staatlichkeit als gesetzliche Rechtlichkeit	519
I.	Freiheitlichkeit, Rechtlichkeit, Staatlichkeit durch praktische Vernunft	519

II.	Gleichheit in der Freiheit durch allgemeine Gesetzlichkeit	525
III.	Amtsmäßige Repräsentation als Vertretung in der Sittlichkeit . .	530
IV.	Das demokratische Prinzip der Republik	532
2. Kapitel:	Freiheitliche Gesetzlichkeit statt herrschaftlicher Richterlichkeit	536
3. Kapitel:	Der staatliche Zwang zur Verwirklichung des Rechts und der Freiheit	545
I.	Die Gefährdung der Rechtlichkeit durch Gewaltsamkeit, Un- gesetzlichkeit und Parteilichkeit	545
II.	Das Gewaltprinzip der Freiheitlichkeit und Gesetzlichkeit	549
III.	Das Zwangsprinzip freiheitlichen Rechts	553
4. Kapitel:	Die Republikanität der Rechtsgesetze	560
I.	Die Verfassung freiheitlicher Gesetzlichkeit und das Ethos des Konsenses	560
II.	Die gesetzgeberischen Erkenntnisse des Rechts in diskursiver Moralität	564
III.	Die theoretische und praktische Vernünftigkeit der gesetzgeberi- schen Rechterkenntnisse	567
IV.	Das gute Leben aller in allgemeiner Freiheit als Richtigkeits- prinzip der Gesetzgebung	573
V.	Interessiertheit und Irrtümlichkeit bei der gesetzgeberischen Rechtserkenntnis	577
VI.	Die Pflicht zur Verteidigung der Freiheit und das Recht zum Widerstand	581
5. Kapitel:	Der Rechtsdiskurs der Republik	584
I.	Rechtlichkeit der Gesetze durch (diskursive) Moralität in der Politik	584
II.	Diskursive Kommunikation und akklamative Demonstrationen .	588
III.	Der Verlust des diskursiven Parlamentarismus im Parteienstaat .	592
IV.	Die Formalität der Diskursethik und die gesetzgeberische Rechtserkenntnis der Vertreter des Volkes	598
V.	Öffentliche Meinung, eigene Meinung und politische Willens- bildung	602
VI.	Meinungsumfragen als Technik inkompetenter Akklamation und sanfter Despotie	610
VII.	Besondere Interessen und das allgemeine Interesse	612
VIII.	Die Mündigkeit des Bürgers und dessen Wahlamt	614
6. Kapitel:	Der republikanische Interessenausgleich	617
I.	Interessenausgleich und gruppenhafter Pluralismus	617

II.	Konsensual-repräsentative Rechtserkenntnis als notwendig kompromißhafter Interessenausgleich	625
-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Achter Teil

Die republikanische Vertretung des ganzen Volkes

1. Kapitel:	Bestmögliche Freiheitsverwirklichung durch bestmögliche Volksvertretung	637
I.	Das Prinzip der Stellvertretung des Volkes in der Gesetzgebung	637
II.	Die Notwendigkeit der parlamentarischen Vertretung des Volkes für die Sittlichkeit der Rechtserkenntnisse des Gesetzgebers und deren Möglichkeit durch die Homogenität der Bürgerschaft	644
III.	Der repräsentationsrechtliche Begriff des Volkes als die Vielheit der Bürger	650
IV.	Die Formalität des Gemeinwohlbegriffs und die Materialisierung des Gemeinwohls durch Gesetze des Rechts	655
V.	Republikanischer Aristokratismus und dessen Schädigung durch die parteilichen Parteien	662
VI.	Die bürgerliche Identität im Staatlichen durch die Repräsentation des Sittlichen	666
VII.	Formelle Kompetenz, materielle Kompetenz, moralische Kompetenz der Vertreter des Volkes als vorbildliche Bürger	674
VIII.	Die republikanische Elite	679
2. Kapitel:	Repräsentative Demokratie als liberale Herrschaftsform?	685
I.	Republik als Form der Freiheit, Demokratie als Form der Herrschaft und Liberalität als grundrechtlicher Schutz von Freiheiten	685
II.	Kritik des Begriffs repräsentative Demokratie unter dem Grundgesetz	692
III.	Kritik der empiristischen, insbesondere soziopsychologischen Verfassungsdogmatik der repräsentativen Demokratie	695
IV.	Kritik plebiszitärer Demokratie	703
3. Kapitel:	Die Dogmatik der organschaftlichen Vertretung des ganzen Volkes	707
I.	Republikanische Repräsentation als organschaftliche Vertretung	707
II.	Das freie Mandat als Bollwerk der Freiheit gegen die Parteiherrschaft	710

III.	Die Vertretung des ganzen Volkes durch das gesamte Vertretungsorgan	714
IV.	Der vorgängige Rechtsetzungswille des Volkes und die Erkenntnis der Rechtsmaterie durch die Vertreter des Volkes	718
V.	Die identitär-repräsentative Dogmatik der bürgerlichen Persönlichkeit im Sittlichen (Allgemeinen, Staatlichen)	725
VI.	Repräsentation als Herrschaft und die antiaufklärerische Sehnsucht nach einer Legitimation von Herrschaft	730
4. Kapitel:	Repräsentation und Identität in den Lehren von <i>Carl Schmitt</i> und <i>Gerhard Leibholz</i>	735
I.	Repräsentation und Identität in der existentialistischen Staatslehre <i>Carl Schmitts</i>	735
II.	Repräsentation und Identität in der phänomenologischen Parteienstaatslehre <i>Gerhard Leibholzens</i>	763
5. Kapitel:	Kritik des parteienstaatlichen Parlamentarismus	772
I.	Die Lehre von der Parteiendemokratie als Apologie des verfassungswidrigen Parteienstaates	772
II.	Die Wahlen als Chance der Republik	788
III.	Das Prinzip innerparteilicher Demokratie und die politikwidrige Parteienoligarchie	792
IV.	Die plurale Parteienoligarchie in den Institutionen des republikanischen Parlamentarismus und der neue Dualismus	796
V.	Institutionelle Förderung eines echten Parlamentarismus	805
VI.	Das freie Mandat als Institution der Sittlichkeit und die parteiliche Bindung der Abgeordneten	810

Neunter Teil

Die republikanische Gesetzgebungsfunktion der grundrechtlichen Verfassungsrechtsprechung

1. Kapitel:	Der formale oder material offene Wesensgehalt der Grundrechte	819
I.	Die Grundrechte als politische Leitentscheidungen und der richterliche Schutz ihres Wesensgehalts	819
II.	Die materiale Offenheit des Wesensgehalts der besonderen Grundrechte	831

III.	Die Verbindlichkeit der material offenen oder formalen grundrechtlichen Leitentscheidungen	847
2. Kapitel:	Die funktional gesetzgebende Grundrechtsverwirklichung durch die Verfassungsrechtsprechung	858
I.	Das grundrechtsgeleitete gemeinsame Leben in Freiheit	858
II.	Rechtlichkeit durch funktionsteilige Gerichtlichkeit und Gesetzlichkeit	863
III.	Der von einer Gesetzesbindung unabhängige Begriff der Rechtsprechung und das freiheitsrechtliche Postulat der Gesetzesbindung	870
IV.	Die gesetzgebende Funktion richterlicher Rechtserkenntnisse ..	885
V.	Abwägung als Methode der Gesetzeserkenntnis	895
VI.	Die Verfassungsrechtsprechung über die Rechtlichkeit der Gesetze, die Fachgerichte als Verfassungsgerichte, deren Verfassungsbindung und das Bundesverfassungsgericht als Fachgericht	901
3. Kapitel:	Rechtsprechung und Politik in der Republik	909
I.	Die politische Funktion des Bundesverfassungsgerichts als Organ der Rechtsprechung	909
II.	Die Einheit von Recht und Politik in der Verfassungsrechtsprechung	912
III.	Die Ideologisierung der gesetzgeberischen Politik der Verfassungsrechtsprechung als Verfassungsinterpretation	921
IV.	Die Einheit von Recht, Politik und Moral in der Republik	925
V.	Die freiheitliche Politik als Verwirklichung des Rechts durch die Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung ..	926
VI.	Die freiheitliche Allgemeinheit des Unrechts und die Popularklage	929
4. Kapitel:	Die Verfassungs- und Verfassungsgerichtsstaatlichkeit	932
I.	Rechtlichkeit durch Verfassungsgerichtlichkeit als Vollendung des Rechtsstaates	932
II.	Kompensation der parteienstaatlichen Parteilichkeit durch die befriedende Rechtlichkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit	937
III.	Das sittliche Defizit des parteienstaatlichen Parlamentarismus und die Förderung der Rechtlichkeit durch die Moralität des Verfassungsgerichts (die Mehrstufigkeit des Verfahrens der Sittlichkeit)	943
IV.	Die Verbindlichkeit der Rechtserkenntnisse des Verfassungsgerichts	951
V.	Das Gebot zur verfassungsgerichtlichen Zurückhaltung	955

5. Kapitel:	Die Legitimierungsfunktion der Rechtserkenntnis des Verfassungsgerichts, die öffentliche Meinung vom Recht und die Befriedung des Gemeinwesens	956
6. Kapitel:	Die Richtigkeitschance verfassungsgerichtlicher Erkenntnisse, das Vertrauen des Volkes in die Verfassungsrechtsprechung und die Legitimation der Richter und Verfassungsrichter	963
I.	Die größere Richtigkeitschance der Rechtserkenntnisse des Verfassungsgerichts gegenüber denen des Gesetzgebers	963
II.	Das Vertrauen zum Bundesverfassungsgericht und das Mißtrauen gegenüber dem parteilichen Gesetzgeber	967
III.	Die republikanische Legitimation der Gesetzesrichter aus der Gesetzesbindung und der rechtswissenschaftlichen Befähigung .	970
IV.	Die demokratische und republikanische Legitimation der Richter des Bundesverfassungsgerichts	975
7. Kapitel:	Die Wesensgehaltsverwirklichung des Grundrechts der allgemeinen Freiheit	978
I.	Die sachliche Materialisierung der formalen Freiheit oder der Schutz der Rechtllichkeit der Gesetze als Wesensgehalt der allgemeinen Freiheit	978
II.	Der allgemeine Diskurs als prozeduraler Wesensgehalt der allgemeinen Freiheit und die Unsittlichkeit der Parteienoligarchie	988
8. Kapitel:	Die formale Gleichheit und das Willkürverbot	990
I.	Das Willkürverbot als Freiheits- oder/und als Gleichheitsprinzip und die Gerechtigkeit als Sittlichkeit/Sachlichkeit	990
II.	Die Gleichheit als (rechtliche) Gesetzlichkeit und die Gesetzesanwendungsgleichheit	997
9. Kapitel:	Die Wesensgehaltsverwirklichung der Grundrechte der Freiheit von Kunst und Wissenschaft und der Eigentumsgarantie	1002
I.	Die Gesetzlichkeit künstlerischen und wissenschaftlichen Handelns unter der politischen Leitentscheidung für die Kunst und die Wissenschaft	1002
II.	Die Einzelfallgerechtigkeit in der Kunstrechtsprechung und der Primat der freiheitsverwirklichenden Gesetzlichkeit	1009
III.	Die Offenheit des Kunstbegriffs und die Gesetzlichkeit der Freiheit der besonders schützenswerten Kunst	1015
IV.	Die Offenheit des in objektiver Dimension garantierten Eigentums und dessen Subjektivierung durch Rechte der Privatheit ..	1023

10. Kapitel: Die gleichheitliche Allgemeinheit des Gesetzgebungsstaates und die Gesamtverantwortung von Gesetzgeber und Verfassungsrechtsprechung für das Recht 1027
11. Kapitel: Die Variabilität und Dynamik des durch die grundrechtlichen Wesensgehalte geleiteten lage- und erkenntnisbedingten Rechts 1033

Zehnter Teil

Die republikwidrige Parteienherrschaft

1. Kapitel: Die Staatlichkeit der republikanischen Parteien 1045
2. Kapitel: Die demokratistische Ideologie von der Notwendigkeit von Parteien 1054
3. Kapitel: Die Bündnishaftigkeit der parteilichen Parteien 1060
- I. Oligarchie statt Demokratie in Parteien als Bündnissen der Herrschaft 1060
- II. Das aristokratische Prinzip der Republik und die Negativauslese der Parteien 1064
- III. Die Geschlossenheit von Führern und Gefolgsleuten statt kompetenter Meinungsbildung in Offenheit und Öffentlichkeit 1069
- IV. Parteilichkeit zu Lasten der Sittlichkeit und Rechtlichkeit 1080
- V. Widerspruch statt Widerstand gegen die Parteilichkeit als bürgerliche Pflicht 1084
4. Kapitel: Oligarchisierung anstatt Diskurs in den Parteien 1086
- I. Die innerparteiliche Moralität der Abgeordneten und die Fraktionsdisziplin 1086
- II. Die persönliche, unparteiliche Meinung als Bedingung republikanischer Einigkeit 1095
- III. Die formelle Meinungsführung der Parteioligarchie 1099
- IV. Innerparteiliche Opposition als Institutionalisierung von Kritik und Diskurs 1108
5. Kapitel: Ämterpatronage und andere Machiavellismen zur Stabilisierung der parteilichen Oligarchie 1113
- I. Die plural-proportionale Ämterpatronage der festgefügtten Parteien 1113
- II. Die demokratiewidrige Sicherung der Nomination der Parteionligarchie 1120
- III. Der Parteienstaat als Führerstaat 1122

IV.	Der Lagermachiavellismus des kleineren Übels unter den Altparteien und die Verdrängung neuer Parteien	1125
V.	Das Prinzip der Einigkeit, der neue und alte Dualismus und die gewaltenteilige Funktionenordnung	1129
6. Kapitel:	Richterstaatliche Kompensationseffekte der Parteilichkeit der Parteien	1131
7. Kapitel:	Die republikanische Pflicht der Medien zum unparteilichen Diskurs	1141
8. Kapitel:	Aspekte eines republikanischen Parteien- und Wahlrechts	1147
I.	Wider das Verhältniswahlssystem des Parteienstaates	1147
II.	Republikanische Parteien als politische Gesprächskreise	1159
III.	Wider die politische Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen .	1163
IV.	Wider die Berufs(partei)politiker	1165
V.	Wider die Parteienfinanzierung festgefügtter Parteien	1167
VI.	Die Entparteilichung der Parteien	1168
9. Kapitel:	Die Verkürzung des Justizgewährungsanspruchs durch die Parteigerichtbarkeit	1169
10. Kapitel:	Die gerechtfertigte Parteiverdrossenheit der Bürger	1173

Elfter Teil

Republikanische Homogenität

1. Kapitel:	Die Homogenität als Voraussetzung der Republik	1177
2. Kapitel:	Die Homogenität der deutschen Nation	1186
3. Kapitel:	Die sprachliche Homogenität der Deutschen	1194
4. Kapitel:	Die aufklärerische, säkularisiert christliche Homogenität in Deutschland und Europa	1196
5. Kapitel:	Die Einbürgerung anstelle eines Ausländerwahlrechts	1201
Literaturverzeichnis		1205
Personenverzeichnis		1267
Sachwortverzeichnis		1272